

## Beschluss (vorläufig) Wehrpflicht nein danke! Freiwilligendienste strukturell stärken

Gremium: Landesausschuss  
Beschlussdatum: 10.12.2025  
Tagesordnungspunkt: 3. Verschiedenes

### Antragstext

Spätestens seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine zeigt sich, dass Frieden und Freiheit in Europa keine Selbstverständlichkeiten mehr sind. Auch Deutschland steht zunehmend im Fokus hybrider Bedrohungen: von Cyberangriffen über Desinformation bis hin zu Versuchen gezielter gesellschaftlicher Destabilisierung. Wir nehmen diese veränderte sicherheitspolitische Lage ernst, ebenso wie die damit verbundenen Sorgen und Ängste der Bevölkerung.

Diese Realität markiert eine echte sicherheitspolitische Zeitenwende, eine Zäsur, die von uns verlangt, Wehrhaftigkeit und Resilienz neu zu denken. Doch eine Zeitenwende bedeutet nicht automatisch die Rückkehr zu alten und überholten Konzepten, wie die Bundesregierung sie plant.

Am 13. November 2025 einigte sich die Bundesregierung aus Union und SPD auf das sogenannte Wehrdienstmodernisierungsgesetz (WDMoG). Angelehnt an das Schwedische Modell soll zunächst auf die Förderung von Freiwilligkeit gesetzt werden. Verpflichtend ist zunächst nur das Ausfüllen eines Fragebogens und die Musterung aller jungen Männer, die 2008 oder später geboren wurden. In Berlin würde das im kommenden Jahr 16.000 Jugendliche betreffen. Melden sich dennoch nicht genug Personen freiwillig, sieht der Gesetzentwurf eine Bedarfswehrpflicht vor, die vom Bundestag beschlossen werden kann. Das Verfahren dafür steht noch nicht vollständig fest, aber auch Zufallsverfahren wie das Losverfahren werden weiterhin debattiert.

Als Bündnis 90/Die Grünen Berlin lehnen wir eine Wiedereinführung der verpflichtenden Musterung, der Wehrpflicht oder die Einführung anderweitiger Pflichtdienste entschieden ab. Ein verpflichtendes Dienstjahr, wie es von konservativen Kreisen gefordert wird, ist ein gesellschaftspolitischer Rückschritt und steht in klarem Widerspruch zu unseren Grundwerten von Selbstbestimmung und Freiheit. Stattdessen setzen wir darauf, bestehende Angebote des freiwilligen, gesellschaftlichen Engagements zu stärken, bestehende Hürden abzubauen und Strukturen, die echte Beteiligung und Zusammenhalt ermöglichen, zu stärken. Dienste inner- und außerhalb der Bundeswehr müssen so gestaltet werden, dass sie die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

Die Bundesregierung steht auch in der Verantwortung, die Bevölkerung vor einem militärischen Angriff zu schützen und eine bestmögliche Vorbereitung auf einen möglichen Angriff zu gewährleisten. Dabei geht es neben der personellen Einsatzbereitschaft der Bundeswehr auch um den Zivilschutz. Dabei setzen wir klar und konsequent auf Freiwilligkeit. Das im Grundgesetz garantierte Recht auf Verweigerung des Wehrdienstes mit der Waffe ist für uns unantastbar.

Die eingeschränkten Kapazitäten für die Ausbildung sollten für geeignete Freiwillige jeden Alters und Geschlechts optimal genutzt und ausgebaut werden.

41 Wir wollen den Wehrdienst und Zivilschutz für eine breite Zielgruppe attraktiver  
42 machen und auch die Rahmenbedingungen von Freiwilligendiensten stärken - diese  
43 Aufgabe muss jetzt ernsthaft und mit Nachdruck angegangen werden. Auch bei  
44 Freiwilligendiensten muss sichergestellt werden, dass sie tatsächlich allen  
45 Menschen zugänglich sind. Um Zivilschutz und militärische Reserve strukturiert  
46 aufzubauen fordern wir die Einrichtung einer Koordinierungsstelle für  
47 gesamtstaatliches Krisenmanagement, die die zivil und militärisch nutzbaren  
48 Kompetenzen von Freiwilligen abfragt und passende Aus- und  
49 Fortbildungsmöglichkeiten vermittelt. Dabei reicht es nicht, Antworten nur auf  
50 der nationalen Ebene zu geben. Wir bekennen uns zu einer handlungsfähigen,  
51 demokratisch kontrollierten Bundeswehr und zur Verteidigungsfähigkeit  
52 Deutschlands im europäischen und internationalen Verbund. Europäische und  
53 internationale Krisen brauchen europäische und internationale Antworten. Deshalb  
54 wollen wir die europäische Zusammenarbeit in diesen Bereichen weiter stärken,  
55 insbesondere bei Zivilschutz und Freiwilligendiensten.

#### 56 Schluss mit Politik über die Köpfe junger Menschen hinweg

57 In der öffentlichen Debatte um die Wiedereinführung der Wehrpflicht geht die  
58 Perspektive junger Menschen oftmals unter. Gleichzeitig zeigen Umfragen seit  
59 Jahren ein eindeutiges Bild: Diejenigen, die am Ende einen Pflichtdienst  
60 ableisten müssten, lehnen ihn klar ab. Mehr als 60 % der unter 30-Jährigen  
61 sprechen sich regelmäßig gegen eine Wehrpflicht aus und laut einer von  
62 Greenpeace in Auftrag gegebenen Studie würde eine Mehrheit der 16- bis 25-  
63 Jährigen den Dienst an der Waffe sogar verweigern. Diese Zahlen verdeutlichen:  
64 Junge Menschen wollen selbst bestimmen, wie und wo sie Verantwortung übernehmen.  
65 Tausende Schüler\*innen deutschlandweit organisieren Proteste und Schulstreiks  
66 gegen eine Wehrpflicht. Wir stehen an ihrer Seite und solidarisieren uns mit  
67 allen Schüler\*innen die ihr Stimme nutzen um sich Gehör bei Politik und  
68 Gesellschaft zu verschaffen: für politische Entscheidungen mit und für jungen  
69 Menschen, für eine Perspektive und sichere Zukunft und gegen Maßnahmen, die  
70 Unsicherheit verursachen und gleichzeitig keine echten Lösungen sind.

71 Dabei ist es gerade diese junge Generation, die in den vergangenen Jahren  
72 bereits enorme Lasten getragen hat. Während der Corona-Pandemie hat sie sich  
73 zurückgenommen, zentrale Erfahrungen ihrer Jugend verpasst und ältere sowie  
74 vulnerable Gruppen geschützt. Die negativen Auswirkungen dieser Zeit in den  
75 Bereichen Bildung und mentaler Gesundheit wurden politisch nie aufgefangen.  
76 Heute ringt sie mit hohen Mieten, gestiegenen Preisen und Unsicherheit in  
77 Ausbildung, Studium und Beruf und wird die dramatischsten Folgen der Klimakrise  
78 erleben. Hinzu kommt der jahrzehntelange Investitionsstau in Bildung,  
79 Infrastruktur und Daseinsvorsorge, dessen Konsequenzen junge Menschen bereits  
80 heute ausbaden müssen und die das Vertrauen in Politik und staatliche  
81 Institutionen seit Jahren schwächen.

82 Vor diesem Hintergrund einen militärischen oder gesellschaftlichen Pflichtdienst  
83 einzufordern bedeutet, eine Generation in die Verantwortung für die  
84 Verteidigungsfähigkeit Deutschlands zu ziehen, der die Politik selbst über Jahre  
85 hinweg elementare gesellschaftliche Verantwortung schuldig geblieben ist. Von  
86 jungen Menschen zu verlangen, die Versäumnisse der vergangenen Jahrzehnte  
87 auszubügeln und die gesellschaftliche Verantwortung der Verteidigungsfähigkeit  
88 zu schultern, während ihre eigenen Bedürfnisse, Chancen und Lebensrealitäten

89 politisch zu lange vernachlässigt wurden, geht gegen den Grundwert der  
90 Generationengerechtigkeit, für den wir als Partei wie keine andere stehen.

91 Für uns steht fest: Junge Menschen sind nicht bloß eine Ressource, auf die der  
92 Staat im Krisenfall zurückgreifen kann, sondern aktive Mitgestalter\*innen  
93 unserer demokratischen Gesellschaft. Sie brauchen Räume, in denen sie  
94 selbstbestimmt handeln können und eine Politik, die ihnen zutraut, Verantwortung  
95 freiwillig zu übernehmen. Was sie nicht brauchen, sind staatliche  
96 Pflichtdienste, die ihre Freiheit einschränken und ihre Perspektiven ignorieren.

97 Für den Verteidigungsfall explizit junge Menschen verpflichten zu wollen ist  
98 grundsätzlich falsch. Der Fokus sollte hier nicht auf den Jüngsten liegen,  
99 während diese Generation gleichzeitig von den nicht-zukunftsgewandten  
100 Entscheidungen der aktuellen Regierungen nicht berücksichtigt oder mitgenommen  
101 wird.

#### 102 Strukturelle Probleme in der Bundeswehr anerkennen und beheben

103 Strukturell verfügt die Bundeswehr derzeit weder über die notwendige  
104 Infrastruktur noch über ausreichende personelle Kapazitäten, um eine  
105 Wiedereinführung der Wehrpflicht überhaupt sinnvoll umsetzen zu können. Es  
106 mangelt an Ausbilder\*innen, an Material, an Unterkünften, an modernen  
107 Übungsplätzen und an flexiblen Organisationsstrukturen. Hinzu kommen massive  
108 Probleme im Beschaffungswesen.

109 Gleichzeitig bestehen tiefgehende institutionelle Problemen: Immer wieder rücken  
110 rechtsextreme Netzwerke in der Bundeswehr, insbesondere im KSK, in den Fokus.  
111 Berichte über Rassismus, Sexismus und Queerfeindlichkeit zeigen, dass die  
112 Bundeswehr strukturell noch weit von einem inklusiven, diskriminierungsfreien  
113 Umfeld entfernt ist. Gleichzeitig bestehen tiefgehende institutionelle  
114 Problemen: Immer wieder rücken rechtsextreme Netzwerke in der Bundeswehr,  
115 insbesondere im KSK, in den Fokus. Berichte über Rassismus, Sexismus und  
116 Queerfeindlichkeit zeigen, dass die Bundeswehr strukturell noch weit von einem  
117 inklusiven, diskriminierungsfreien Umfeld entfernt ist. Zugleich gilt es, das  
118 Engagement jener Menschen anzuerkennen, die in der Bundeswehr, dem  
119 Katastrophenschutz und im Technischen Hilfswerk, und die tagtäglich unter oft  
120 schwierigen Bedingungen professionellen Dienst leisten und Verantwortung für die  
121 Sicherheit Deutschlands und Europas übernehmen. Eine zukunftsfähige Bundeswehr  
122 muss sich durch hohe Professionalität, Verfassungstreue und Sensibilität für  
123 Vielfalt und Demokratie auszeichnen. Daher braucht es gezielte Reformen in  
124 Ausbildung, Supervision und interner Kontrolle, um Fehlentwicklungen strukturell  
125 zu verhindern und Vertrauen zu stärken. Anstatt junge Menschen per Pflichtdienst  
126 in solche Strukturen zu zwingen, braucht es konsequente Aufarbeitung und starke  
127 interne und externe Kontrollmechanismen, sowie eine Kultur, die Fehlverhalten  
128 klar sanktioniert und Betroffene schützt. Dazu gehört auch eine umfassende und  
129 verpflichtende Weiterbildung aller Angehörigen der Bundeswehr zu  
130 Diskriminierung, Vielfaltskompetenz und demokratischer Kultur. Wer in  
131 staatlicher Verantwortung steht und mit Waffen ausgebildet wird, muss besonders  
132 sensibel für Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und jede  
133 andere Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sein und entsprechend  
134 handeln.

135 Dass die Bundeswehr für viele junge Menschen kein attraktives Arbeitsumfeld  
136 darstellt, zeigt sich auch in den hohen Abbruchquoten von rund 25 % in den

137 ersten Dienstmonaten. Diese Quote ist ein Symptom systemischer Probleme, nicht  
138 fehlender „Verantwortungsbereitschaft“ einer Generation.

139 Junge Menschen sind keine Lückenfüller: soziale Infrastruktur stärken

140 Der Fachkräftemangel im sozialen Sektor ist seit Jahren ein zunehmendes Problem  
141 und wird sich in den kommenden Jahren noch weiter verschärfen. Besonders in der  
142 Pflege, in Kitas, in der Jugendhilfe und in Einrichtungen für Menschen mit  
143 Behinderungen fehlen qualifizierte Fachkräfte. Diese Versorgungslücken entstehen  
144 jedoch nicht, weil es zu wenige junge Menschen gibt, die grundsätzlich bereit  
145 wären, im sozialen Bereich zu arbeiten, sondern weil der Staat seit Jahren darin  
146 versagt, verlässliche und attraktive Rahmenbedingungen für Beschäftigte im  
147 sozialen Bereich zu schaffen.

148 Ein Pflichtdienst adressiert weder die Ursachen des Fachkräftemangels noch die  
149 strukturellen Schwächen des sozialen Sektors. Der damit verbundene Mehraufwand  
150 für Supervision, Wissensvermittlung und organisatorische Betreuung würde  
151 bestehende Engpässe eher verschärfen, als sie zu beheben. Statt tiefgreifenden  
152 Lösungsansätzen durch zum Beispiel Investitionen in Bildung und Ausbildung  
153 werden hier Scheinlösungen mit jungen Menschen als Leidtragenden vorgeschlagen.  
154 Auch große Wohlfahrtsverbände und Träger von Freiwilligendiensten wie der  
155 Paritätische Gesamtverband oder die Diakonie haben sich zuletzt entschlossen  
156 gegen eine Dienstpflicht geäußert und weisen auf die mit einer Dienstpflicht  
157 einhergehenden Grundrechtsverletzungen sowie den immensen organisatorischen  
158 Aufwand und die Kosten hin. Außerdem kritisieren sie, dass soziale Berufe durch  
159 so einen Eingriff abgewertet werden.

160 Freiwilligendienste strukturell stärken

161 Bereits heute engagieren sich bis zu 100.000 Menschen jedes Jahr im Rahmen von  
162 Freiwilligendiensten wie dem Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ), dem  
163 Bundesfreiwilligendienst (BFD) oder dem Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ).  
164 Zumeist sind es junge Menschen, die sich nach ihrer Schulzeit für ein Jahr des  
165 gesellschaftlichen Engagements entscheiden und Tag für Tag Verantwortung  
166 übernehmen. Sie unterstützen Pflegekräfte in Altenheimen, begleiten Kinder und  
167 Jugendliche in Schulen und Kitas, helfen Menschen mit Behinderung im Alltag oder  
168 setzen sich für den Klima- und Naturschutz ein.

169 Mit ihrem Einsatz stärken sie nicht nur soziale Einrichtungen und gemeinnützige  
170 Organisationen, sondern sammeln auch selbst wertvolle und nachhaltig-prägende  
171 Erfahrungen. Viele entdecken durch ihren Freiwilligendienst neue berufliche  
172 Perspektiven, lernen ihre eigenen Fähigkeiten besser kennen und entwickeln ein  
173 starkes Bewusstsein für gesellschaftliche Zusammenhänge. Nicht selten entstehen  
174 aus diesem Engagement langfristige berufliche oder ehrenamtliche Bindungen, die  
175 weit über das eigentliche Dienstjahr hinausreichen.

176 Freiwilligendienste zeigen: junge Menschen sind bereit, sich einzubringen,  
177 gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und sich zu engagieren. Politik  
178 muss diese Bereitschaft stärken, statt auf Zwang und Bevormundung zu setzen.  
179 Statt Debatten über ein Pflichtjahr braucht es verlässliche finanzielle und  
180 strukturelle Rahmenbedingungen, bessere Anerkennung von Leistungen und niedrige  
181 Zugangshürden für alle Menschen, die sich bereits heute freiwillig engagieren  
182 wollen.

183 Freiwilligendienste stehen seit Jahren unter Druck. Einsatzstellen kämpfen um  
184 eine ausreichende Finanzierung. Im Bundeshaushalt 2025 sind Kürzungen bei  
185 Freiwilligendiensten von rund 40 Millionen € vorgesehen, was etwa 20% weniger im  
186 Vergleich zum Vorjahr sind. Und für die Freiwilligen reicht das Taschengeld bei  
187 langem nicht aus um sich das Leben zu finanzieren - schon gar nicht in einer  
188 Stadt wie Berlin!

189 Und trotzdem werden nach aktuellen Haushaltsplänen des Bundes etwa ein Drittel  
190 der aktuellen Mittel für Freiwilligendienste gestrichen. Junge Menschen leiden  
191 schon jetzt unter kaputtgesparten Strukturen im Bereich des Freiwilligendienstes  
192 und auch in der Bundeswehr.

193 Darüber hinaus braucht es eine langfristige Absicherung der Trägerstrukturen,  
194 die Freiwilligendienste organisieren und begleiten. Eine verlässliche  
195 Finanzierung, hochwertige pädagogische Begleitung und klare Qualitätsstandards.

196 Deshalb fordern wir als Bündnis 90/Die Grünen Berlin:

- 197 • Einen Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienst
  - 198 ◦ Jede Person, die sich gesellschaftlich engagieren möchte, soll ein
  - 199 gesetzlich verankertes Recht auf einen Freiwilligendienst haben und
  - 200 dies unabhängig vom Alter, Gender oder finanziellen Hintergrund.
- 201 • Finanzielle Absicherung von Freiwilligendiensten
  - 202 ◦ Wir fordern eine Anhebung des Taschengeldes für Freiwillige, die
  - 203 sich am BAföG-Höchstsatz orientiert und aus dem Bundeshaushalt
  - 204 finanziert wird. So kann Chancengleichheit erhöht werden und
  - 205 sozialer Ungleichheit entgegengewirkt werden.
- 206 • Kostenloser Zugang zum ÖPNV für alle Freiwilligen
  - 207 ◦ Wir fordern eine kostenfreie Bereitstellung des Deutschlandtickets
  - 208 für Freiwillige, um die finanzielle Belastung zu reduzieren. Des
  - 209 Weiteren müssen Freiwillige Anspruch auf die gleichen
  - 210 Vergünstigungen wie Senior\*innen oder Studierende erhalten.
- 211 • Sichtbarkeit von Freiwilligendiensten erhöhen
  - 212 ◦ Wir fordern eine bundesweite Informationskampagne, mit einem
  - 213 Motivationsschreiben des/der Bundespräsidenten\*in an alle
  - 214 Schulabgänger\*innen. Damit soll Menschen geholfen werden, einen
  - 215 Überblick über die Vielfalt und die Möglichkeiten bestehender
  - 216 Programme zu erhalten.
- 217 • Einrichtung eines freiwilligen Engagementregisters beim THW
  - 218 ◦ Die Berliner Bündnisgrünen setzen sich für die Einrichtung eines
  - 219 freiwilligen Engagementregisters ein, in das sich all jene –
  - 220 unabhängig von ihrem Geschlecht und Alter - eintragen können, die
  - 221 bereit sind, sich im Verteidigungs- und Krisenfall zu engagieren

222 Vor dem Hintergrund der sicherheitspolitischen Gesamtlage, der strukturellen  
223 Defizite in der Bundeswehr und der bestehenden Engpässe im sozialen Bereich ist  
224 klar: Pflichtdienste oder die Wiedereinführung der Wehrpflicht sind weder

225 gerecht noch wirksam. Junge Menschen sollen nicht Zwangsdienste leisten, um  
226 politische Versäumnisse auszugleichen, sondern Räume erhalten, in denen sie  
227 freiwillig Verantwortung übernehmen können. Bündnis 90/Die Grünen Berlin stehen  
228 deshalb für eine konsequente Stärkung freiwilliger Dienste, die Engagement,  
229 Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen und wertschätzen.